

Anwar frei

Überraschend kam am 2. September 2004 Malaysias früherer Vizepremier Anwar Ibrahim frei. Er wurde aus der Haft entlassen, nachdem der oberste Gerichtshof Malaysias die Sodömie-Anklage gegen ihn fallen gelassen hat. Diese Entscheidung kam sechs Jahre nachdem der frühere Premier Mahatir ihn der Korruption und diverser Sexualvergehen beschuldigt hatte. In dem darauf folgenden Prozess wurde Anwar zu insgesamt 15 Jahren Haft verurteilt. Der eigentliche Grund für seine Verhaftung war wohl eine von ihm angeführte politische Großdemonstration gegen Mahatir. Dieser äußerte sich nach Anwars Entlassung empört über die Entscheidung des Gerichts und beschuldigt ihn auch weiterhin der früher erhobenen Anklagepunkte.

Experten vermuten, dass Anwar wahrscheinlich entlassen wurde, um das gespaltene Land wieder zu einen. Außerdem sollte der Freispruch ein Zeichen der neuen Führung unter Badawi sein, dass es nun faire Strukturen und Reformen in Malaysia geben wird.

Anwars erste Handlung nach seiner Entlassung war eine Reise nach Deutschland, um sich von einem Rücken-spezialisten behandeln zu lassen. Nach seiner Verhaftung 1998 wurde er von Malaysias Polizeichef derart verprügelt, dass er seitdem auf den Rollstuhl angewiesen war.

Seit seiner Rückkehr mischt er sich aktiv in die Diskussionen der aktuellen Tagespolitik ein und gibt Handlungsanweisungen, zum Beispiel, dass die in Haft sitzenden muslimischen Militanten, die sich ohne ein Urteil dort befinden, entweder ein Gerichtsverfahren bekommen oder unverzüglich freigelassen werden sollten. Es wird Anwar nachgesagt, dass er Ambitionen hat, bei den nächsten Wahlen Premier zu werden.

vgl.: BBC: 2.9.2004; Die Welt: 3.9.2004; ZMO: 13.9.2004; AFP: 10.11.2004

Kriminalität ist alarmierend

In den ersten neun Monaten dieses Jahres (2004) gab es durchschnittlich jeden Tag 434 gemeldete kriminelle Handlungen, so der stellvertretende Heimatminister Malaysias. Einen Tag nach dem Bekanntgabe der Zahlen und Fakten wurde eine Anti-Kriminalitätskampagne, organisiert durch die Federation of I-Kuan Tao Associations Malaysia, ins Leben gerufen. Mit dieser auf lange Zeit angelegten Kampagne soll die Bevölkerung zur Wahrnehmung und Bekämpfung von kriminellen Akten sensibilisiert werden. Außerdem soll bald auch eine Anti-Drogen-Kampagne gestartet werden, da auch die Anzahl der Drogenabhängigen, mit durchschnittlich 47 neuen Konsumenten pro Tag, stetig ansteigt. Es wird vermutet, dass auf jeden aktenkundlichen Drogenabhängigen vier weitere Abhängige kommen, so dass die Anzahl der Abhängigen in Malaysia insgesamt auf über eine Million geschätzt wird.

Weiterhin gab der stellvertretende Heimatminister bekannt, dass die Regierung die Anschaffung von smart cards für ausländische Arbeiter plane.

UN-Posten für Jomo Sundram

Der Ökonom Professor Jomo Sundram wurde zum stellvertretenden Generalsekretär für ökonomische Entwicklung im *United Nations Department of Economic and Social Affairs* ernannt. Dieser Posten wurde in diesem Jahr als Teil von Kofi Annans Reformkurs erschaffen, um den politischen Zusammenhalt und das Management in der Behörde zu unterstützen. Der Dienst von Professor Jomo wird im Januar 2005 beginnen, und von da an wird er der ranghöchste malaysische Offizielle in einer Weltorganisation sein. Bisher arbeitete Jomo als Gastdozent am Institut für Asienforschung der Nationalen Universität von Singapur. Er gilt weltweit als einer der herausragendsten Ökonomen.

vgl.: The Star: 10.11.2004

Diese Karten sollen die biometrischen Merkmale, ein Photo und persönliche Angaben der Arbeiter beinhalten und müssen ständig von den entsprechenden Personen mit sich geführt werden. So kann nachvollzogen werden, wo sich ein ausländischer Mitarbeiter gerade aufhält. Außerdem sollen legale Arbeiter so leichter von illegalen Arbeitern unterschieden werden können. Es wurde nämlich bekannt, dass in den letzten zwei Jahren hunderte von Ausweisen und Reisepässen an illegale Immigranten verkauft wurden, die einfach das Foto des legitimen Besitzers durch ihr eigenes ersetzt haben sollen. Oftmals wurden die Ausweise zuvor von organisierten Banden gestohlen. Allerdings wurde auch berichtet, dass zahlreiche Dokumente aus den Behörden stammen sollen, in denen sie zur Abholung durch ihre rechtmäßigen Besitzer aufbewahrt wurden. Als Erklärung dafür kann nur die Zusammenarbeit von Regierungsbeamten und kriminellen Akteuren dienen.

vgl.: *New Straits Times*: 12.11.2004; *The Star*: 8.11.2004

Lohnerhöhung für Armee-Personal

Das Personal des Heeres, der Luftwaffe und der Marine des malaysischen Militärs bekommt rückwirkend zum 1. Oktober 2004 eine Lohnerhöhung von bis zu 43 Prozent, da eine umfassende Dienstgradbeförderung stattgefunden hat. Am meisten davon profitieren wird das Personal in den unteren Diensträngen. Allerdings werden die Auszahlungen erst in Kürze stattfinden, da sie laut des stellvertretenden Premiers Najib nicht in der Zeit der *Deepavali* und *Hari Raya* Festlichkeiten stattfinden dürfen. Insgesamt kosten diese Extraausgaben den Staat 120,2 Millionen Malaysische Ringgit.

vgl.: The Star: 6.11.2004

nachrichten

Hohe Ausgaben für Bildung

Malaysia verzeichnete das weltweit größte Wachstum an Bildungsausgaben in den Jahren 1998 bis 2001, so der *2005 Education for All Global Monitoring Report*. Der von der UNESCO veröffentlichte Bericht sagt, dass Malaysias Bildungsausgaben in diesen drei Jahren um 68 Prozent angestiegen seien. Im Vergleich dazu sind die Ausgaben in Kambodscha um 45 Prozent angestiegen, in den Vereinigten Staaten und Großbritannien nur um sechs Prozent und in Thailand sogar nur um fünf Prozent. In der gleichen Periode sind die Ausgaben für Bildung in Indonesien um acht Prozent und in den Philippinen sogar um 24 Prozent geschrumpft.

Eine grundlegende Bildung erhalten in Malaysia 95,3 Prozent und eine vorschulische Erziehung immerhin noch 80 Prozent der Bevölkerung. Allerdings ist der Zeitraum der vorschulischen Erziehung in Malaysia, mit ungefähr einem Jahr, und auch im restlichen Ostasien- und Pazifik-Raum, ein Jahr kürzer als in West-Europa. Die Fähigkeit lesen und schreiben zu können beherrschen 88,7 Prozent der Bevölkerung, womit Malaysia an elfter Stelle der Ostasien- und Pazifik-Staaten liegt, hinter Singapur (92,5 Prozent), Thailand und den Philippinen (beide 92,6 Prozent).

vgl.: The Star: 9.11.2004

nachrichten

Hungerstreik

Mehr als 300 Gefängnisinsassen, die ohne einen Prozess in Haft sitzen, halten einen Hungerstreik. Damit wollen sie gegen die Bedingungen im Simpang Renggam Gefängnis in Südmalaysia protestieren und ihre Freilassung erwirken. Die Inhaftierten beklagen sich insbesondere über die sehr ärmlichen Lebensverhältnisse in diesem Gefängnis, die sich zunehmend verschlimmern, so die Geschäftsführerin der Organisation *Stimme des malaysischen Volkes* (Suaram). Sie wollen so lange keine Nahrung mehr zu sich nehmen, bis sie nicht den Premier Badawi gesprochen haben.

Einige der Insassen befinden sich schon seit mehr als acht Jahren in Untersuchungshaft; manche von ihnen wurden freigelassen um gleich wieder verhaftet zu werden. Damit wurden die Auflagen, dass eine Untersuchungshaft nur zwei Jahre andauern kann und darf, erneuert. Die Gefangenen werden unter der *Emergency Ordinance* festgehalten, ein Gesetz unter dem man Verdächtige zum Schutz der öffentlichen Ordnung und zur Verhinderung von Gewalt bis zu zwei Jahre festhalten kann.

Bereits im September 2004 haben 130 Asylbewerber aus Burma und Aceh im selben Gefängnis mit einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen protestiert und um ihre Freilassung gebeten. Sie haben ihren Streik beendet, nachdem ein Flüchtlingsbeauftragter der Vereinten Nationen interveniert hat.

vgl.: AFP: 11.11.2004; Asia Pulse: 11.11.2004

Ein umsichtiges und kluges Management über die finanziellen Ressourcen durch Premier Badawi habe dazu geführt, dass sich ein Jahr nach seinem Amtsantritt das Haushaltsdefizit verkleinert habe, so der malaysische Finanzminister Nummer Zwei Nor Mohamed. Dieses Ergebnis sei von lokalen und internationalen Finanzexperten und Institutionen bestätigt worden. Nor Mohamed berichtet weiter, dass ihm und dem Premier, der außerdem der Finanzminister Nummer Eins ist, oftmals von diesen Experten großes Lob ausgesprochen wurde und gesagt wurde, dass Malaysia in diesem Zeitraum das größte Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000 erlangt habe. Die

Regierung schätzt, dass Malaysia im Jahr 2004 ein Wachstum von insgesamt sieben Prozent erreichen wird. Für das nächste Jahr prognostiziert sie ein Wachstum von sechs Prozent. Besonders auffallend bei der Konsolidierung ist das plötzliche Vordringen bei Investitionen in den Privaten Sektor. Dies zusammen mit einem starken privaten Konsum und einem starken Exportzuwachs nach China und in die Vereinigten Staaten nimmt den Druck von der Regierung, die Nachfrage dermaßen anzukurbeln, wie es in den Jahren zuvor getan wurde. Trotz all dieser Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und der Verbesserung der finanziellen Situation Malaysias bleibt

die Entwicklung davon unbeeinträchtigt. Allerdings schreckt Badawi vor allzu kostspieligen Infrastrukturmaßnahmen, die ein Kennzeichen des Regierungsstils seines Vorgängers Mahathir waren, zurück, um die Staatsschulden weiter zu reduzieren. Um die finanzielle Lage des Staates noch weiter zu verbessern, sind zahlreiche weitere Maßnahmen geplant, darunter auch die Reformierung von staats- und regierungseigenen Unternehmen und die damit verbundene Bekämpfung von Korruption, die den Staat Unmengen an Geld kostet.

vgl.: *Asia Today*: 11.11.2004; *The Star*: 9.11.2004

Rücksichtsloses Fahrverhalten

Der malaysische Premier Badawi hat angeordnet, dass härtere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr und zur Reduzierung von Unfällen ergriffen werden müssen. Es ist geplant, für rücksichtslose Fahrer auf öffentlichen Straßen eine Strafe von bis zu 300 Malaysischen Ringgit (ca. zwei Euro), die sofort an Ort und Stelle gezahlt werden müssen, zu erheben. Vollstreckungsbeamte werden die Verkehrsakte des rücksichtslosen Fahrers sofort überprüfen, und sollte sich herausstellen, dass dieser noch offene Rechnungen hat, muss er diese auch sofort bezahlen. Diejenigen Fahrer, die per Haftbefehl gesucht werden, werden in spezielle Zellen gesperrt und diejenigen, die ohne Führerschein oder Straßenvignette erwischt werden, müssen ihre Fahrzeuge stehen lassen. Kann jemand die ausstehende Strafe nicht bezahlen, muss er sich am nächsten Arbeitstag ins Gericht begeben.

Die Vollstreckungsbeamten werden sich im Wesentlichen auf sechs Straßenverkehrsdelikte beschränken: Auf zu schnelles Fahren, auf gefährliche Überholmanöver, auf Fahrzeuge, die eine Doppel-

linie überfahren oder die, die sich auf der Notfall-Spur befinden, und auf die, die bei Rot über eine Ampel fahren oder mit schweren Fahrzeugen auf der Schnellspur fahren.

Auch für den Busverkehr verschärfen sich die Regeln. So darf ein Busfahrer innerhalb von 24 Stunden nicht mehr als acht Stunden hinterr Steuer sitzen, bei Touren von mehr als 300 Kilometern ist ein zweiter Fahrer Pflicht, und alle Touren müssen in ein Fahrtenbuch eingetragen werden.

All diese Maßnahmen treffen auf wenig Gegenliebe in der Bevölkerung. Vor allem, dass an Ort und Stelle bezahlt werden soll, stößt auf große Kritik. Bezahlt man nämlich sofort, vergeht jeglicher Anspruch auf ein Gerichtsurteil. Zahlt man nicht, muss das Fahrzeug stehen bleiben. Problematisch ist dieses besonders bei Busfahrern, denn nicht nur der Fahrer selbst ist von seiner Entscheidung beziehungsweise Fähigkeit zu zahlen abhängig, sondern auch seine Fahrgäste.

Außerdem ist fragwürdig, ob die Regierung überhaupt genügend Ressourcen zur Umsetzung dieser Pläne zur Verfügung stellen kann.

vgl.: *The Star*: 10.11., 12.11., 13.11.2004

Waffenfunde

Tausende von Waffen und gefährlicher Gegenstände wurden in den 41 nationalen militärischen Ausbildungslagern entdeckt. Vermutlich wurden die diversen Waffen von den Auszubildenden bei Kämpfen und Erpressungen benutzt. Außerdem gebrauchten die Jugendlichen die Waffen vermutlich, um Einrichtungsgegenstände wie Betten, Türen und Toiletten im Ausbildungslager als auch in den Universitäten und anderen Bildungsinstitutionen zu zerstören. Die Gegenstände wurden hinter und unter den Schränken und Betten von insgesamt über 16.000 Auszubildenden gefunden. Die Vorgesetzten wollen nun für den nächsten Ausbildungsjahrgang strengere Maßnahmen ergreifen. Ein gründlicher Eingangsscheck soll durchgeführt werden, und alle zwei Tage sollen stichpunktartige Kontrollen stattfinden. Demjenigen, der mit Waffen erwischt wird oder vandalisiert hat, droht dann eine strenge Bestrafung: ein dreitägiger Drill. Bei leichteren Verstößen erhält der Auszubildende eine schriftliche Verwarnung und einen dreißigminütigen Drill. Schwere Vergehen wie Mord oder Vergewaltigung werden der Polizei gemeldet.

vgl.: *The Star*: 10.11.2004